

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/105

Bonn, den 3. Juni 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

WOHNEN UND LEBEN IN MODERNEN GEMEINDEN

45

IX. Konsumpolitische Bundeskonferenz der SPD in Saarbrücken  
12. und 13. Juni 1964

2 - 3a

"Arkia" und "Brandaris"

115

Etwa 10.000 Wirtshausbesucher warten auf Klärung ihrer Ansprüche  
Von Herbert Bernreiter

3a

Schweres Erbe

55

Von Nehru zu Shastri

1 - 5

Das algerisch-kabyllische Drama

121

Kabylei - Herd des Widerstandes gegen Ben Bella  
Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Sogar in Japan ...

21

HKojans Schreckgespenst - "die Deutschen"

WOHNEN UND LEBEN IN MODERNEN GEMEINDEN

IX. Kommunalpolitische Bundeskonferenz der SPD in Saarbrücken

12. und 13. Juni 1964

sp - Es ist kein Zufall, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den meisten Großstädten der Oberbürgermeister stellt. Die seit Jahrzehnten bewährte sozialdemokratische Kommunalpolitik hat zu einem ständigen Vertrauenszuwachs der Wähler geführt. Die großen kommunalen Realisationen schon in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg, besonders aber das tatkräftige Zuspäcken beim Aufbau der zertrümmerten Städte nach dem zweiten Weltkrieg, sind Beweise für den Weitblick und den Wirklichkeitssinn sozialdemokratischer Gemeindepolitiker. Nicht vergessen bleibt, daß es in vielen Orten Sozialdemokraten waren, die in den ersten Monaten der Besatzungszeit die Verantwortung für das Wohl der Bürger übernehmen mußten, weil sich damals nur wenige trauten, das schreckliche Erbe des Hitler-Regimes zu überwinden.

Jetzt, beinahe 20 Jahre nach dem Zusammenbruch, geht es um die Festigung und Modernisierung unserer Gemeinwesen. Deshalb steht die große IX. Kommunalpolitische Bundeskonferenz der SPD am 12. und 13. Juni 1964 in S a a r b r ü c k e n im Zeichen weitgreifender Zielsetzungen. Die Städte platzen in ihren Mänteln. Das Dorf von heute ist nicht mehr eine ländliche Idylle. Arbeitsplatz und Wohnung müssen durch ein Netz von Verkehrsadern miteinander so verbunden werden, daß der einzelne Mensch einen gesunden Ausgleich zwischen Arbeit und Entspannung finden kann.

Die mit diesen Zielsetzungen zusammenhängenden Probleme stehen deshalb auch im Mittelpunkt der Saarbrücker Tagung. Hierbei ist interessant zu vermerken, daß von den insgesamt zehn zu den einzelnen Tagesordnungspunkten sprechenden Referenten fünf nicht der SPD angehören. Einmal mehr will die Sozialdemokratie dadurch deutlich machen, daß sie bei dem Suchen nach neuen Erkenntnissen auch Wert auf die Mitarbeit von hochqualifizierten Fachleuten legt, die nicht der Partei angehören.

Mit der Saarbrücker Tagung verbunden ist die große Modellschau WOHNEN UND LEBEN IN MODERNEN GEMEINDEN, die erstmalig in Deutschland einen umfassenden Überblick über Idee und Praxis einer fortschrittlichen Lebensweise gibt. Ein internationales Freundschaftstreffen, an dem hervorragende Kommunalpolitiker aus Österreich, der Schweiz, Frankreich, Luxemburg und Belgien über kommunalpolitische Probleme ihrer Länder sprechen werden, fügt sich in den Rahmen der Gesamtagung ein.

Schon jetzt liegen über tausend Anmeldungen von Kommunalpolitikern aus dem ganzen Bundesgebiet vor. Besonders erfreulich ist hierbei die überaus große Anzahl jüngerer Menschen, die bereits seit mehreren Jahren sehr aktiv in der Kommunalpolitik tätig sind.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands weiß, wie wichtig eine gute Kommunalpolitik für die Festigung des demokratischen Staates ist. Die Gemeinde mit ihren für jeden Bürger überschaubaren Problemen ist das Fundament einer Demokratie. Wenn es hier gelingt, die großen Gemeinschaftsaufgaben der Zeit entsprechend zu lösen, kann der moderne demokratische Staat gewiß sein, daß sich seine Bürger in ihm wohlfühlen.

## "Amia" und "Brandaris"

Etwa 10 000 Verkehrsoffer warten auf Klärung

Von Herbert Bermeitinger

Die Bundestagsabgeordneten Hanns-Keinz Bauer (Würzburg) und Staatsanwalt Dr. Adolf Müller-Emmert (Kaiserslautern) haben mit Unterstützung von fünfzehn weiteren Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Bundestag eine kleine Anfrage eingebracht, die sich mit den Folgen der Versicherungskonkurse "Amia" und "Brandaris" für etwa 9 000 bis 10 000 deutsche Unfallgeschädigte befaßt. Die beiden Abgeordneten hatten sich zu einer parlamentarischen Initiative entschlossen, weil sich in steigendem Maße Unfallgeschädigte, Krankenkassen und Anwälte aus den Zentren der amerikanischen Stationierungstruppen, so aus Rheinland-Pfalz (besonders aus dem Raum Kaiserslautern) sowie aus Franken und Hessen an sie gewandt hatten.

Harte, sehr harte Vorwürfe, wie sie in den letzten Jahren noch kaum jemals gegen Bundesbehörden erhoben worden sind, hat das Hamburger Nachrichten-Magazin "Der Spiegel" in seiner Ausgabe 52 des vergangenen Jahres an die Adresse des Bundeswirtschaftsministeriums und des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungs- und Bausparwesen gerichtet: Ministerium und Aufsichtsamt seien schuld an der betrügerischen Millionendeckelung der privaten "American Military International Insurance Association" (Amia), deren Frankfurter Niederlassung die privaten Autos von etwa 60 000 Angehörigen der US-Streitkräfte gegen Haftpflichtfälle im Straßenverkehr versicherte.

Weder das Bonner Ministerium noch das Berliner Aufsichtsamt haben sich gegen die schweren Anwürfe zur Wehr gesetzt, die der "Spiegel" Ende 1963 erhoben hat. Denn inzwischen - am 1. Februar 1964 - war tatsächlich über die "Amia" das Konkursverfahren verhängt worden, nachdem die Frankfurter Staatsanwaltschaft schon im Juli 1962 gegen den aus der Bundesrepublik verschundenen Texaner Stuart Reichstein ein Ermittlungsverfahren eingesetzt hatte.

15 Mitglieder der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion haben die Affäre "Amia", aber gleichzeitig auch den Fall der ebenfalls in Konkurs gegangenen Haftpflichtversicherungsgesellschaft "Brandaris" (diese war mit holländischem und amerikanischem Kapital gegründet worden) zum Anlaß genommen, um der Bundesregierung in einer kleinen Anfrage zehn Fragen vorzulegen.

### Seit Jahren auf der Warteliste

Aktueller Anlaß für den Vorstoß der sozialdemokratischen Abgeordneten sind aber im Augenblick nicht die vom "Spiegel" behaupteten Versäumnisse der für die Versicherungswirtschaft verantwortlichen Aufsichtsbehörden, sondern das ungeklärte Schicksal der Forderungen von mehreren tausend Bundesbürgern, die von "Amia"- und "Brandaris"-Versicherten zum Teil schwer geschädigt wurden und teilweise schon seit Jahren auf die Schadenersatzregulierung warten müssen. Als besonders skandalös wird es empfunden, daß auch im Jahre 1964 (!) noch zahlreiche Angehörige der Stationierungstruppen sich im innerdeutschen Straßenverkehr unter dem vermeintlichen Haftungsschutz der "Amia" bewegten und auch Unfälle verursachten, für die zur Zeit noch niemand geradestehen kann. Dabei ist es feststehende Tatsache, daß die Gültigkeit der Verträge mit der "Amia" spätestens mit dem 23. Februar 1964 erloschen ist.

Wie die "Amia"-Geschädigten ihre Ansprüche reguliert bekommen, ist noch ziemlich offen. Die Ortskrankenkassen, vor allem in Hessen, Rheinland-Pfalz und Bayern, die auch noch hohe Regreßansprüche vorbringen, hoffen, daß sie aus den gesperrten Guthaben des Versicherungsunternehmens, die sich auf 6,868 Millionen DM belaufen, außerhalb des Konkurses vorab der Befriedigung der Schadensersatzforderungen dienen können. Diese Rechtsauffassung wird auch vom Bundesaufsichtsamt geteilt. Allerdings ist die Auffassung der Juristen nicht durch eine einschlägige Rechtsprechung gesichert, da es sich im Falle "Amia" (neben dem rechtlich anders gelagerten Fall "Brandaris") um den ersten Konkurs eines nach deutschem Recht arbeitenden Haftpflichtunternehmens seit 35 Jahren handelt.

Im Falle der "Brandaris", die schon 1961 aus noch nicht genau geklärten Gründen zahlungsunfähig wurde, haben sich die USA bereit erklärt, die Schäden zum Nachteil deutscher Staatsangehöriger insoweit auszugleichen, als die Konkursmasse nicht ausreicht. Diese an sich erfreuliche, etwa zweieinhalb Jahre alte Vereinbarung ist aber noch nicht verwirklicht worden, da die Amerikaner bislang noch nicht einmal ihre Verhandlungskommission bestellt haben. Die Kleine Anfrage der 15 Sozialdemokraten hat hier das Ziel, die Regierung zu einer besonderen Aktivität zu zwingen, um den etwa 3 000 noch unbefriedigten deutschen Geschädigten endlich zu ihrem Recht zu verhelfen.

Im Falle der "Amia" dürfte es etwa 6 000 Geschädigte geben, die noch Forderungen irgendwelcher Art haben. Der Konkursverwalter sieht sich aber zur Zeit noch nicht in der Lage, irgendwelche Zusicherungen zu machen, da er die Quoten selbst nicht einmal zu schätzen vermag.

Die Kleine Anfrage hat nicht nur der Zweck, Bundeswirtschaftsministerium und Bundesaufsichtsamt zu mehr Aktivität im Interesse der Geschädigten zu bringen. Vor allem geht es auch darum, ähnliche skandalöse Vorfälle zu verhindern. So soll die Bundesregierung sich beispielsweise zu folgenden Fragen äußern:

Wie stellt sich die Bundesregierung zukünftig den Schutz deutscher Staatsangehöriger gegenüber Schädigern aus dem Kreis der Stationierungstreitkräfte vor, deren Heranziehung über eine Versicherung nicht realisiert werden kann?

Welche Bedeutung hat dabei die über das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen ausgeübte Kontrollfunktion?

Trifft es zu, daß eine abschätzbare Zahl von Fahrzeugen in der Hand von Angehörigen der Stationierungsmächte auf dem privaten Sektor in der Bundesrepublik praktisch ohne jeden Versicherungsschutz läuft?

Gerade dieser letzten Frage kommt besonders große Bedeutung zu, weil nach einem Unfall, den ein Angehöriger der Stationierungstreitkräfte verursacht, zwar für den deutschen Geschädigten ein zivilrechtlicher Anspruch gegen den betreffenden Soldaten besteht, der aber in der Regel nicht realisierbar ist.

Zu einem späteren Zeitpunkt wird auf parlamentarischem Wege noch genau abzuklären sein, inwieweit Bundeswirtschaftsministerium und Bundesaufsichtsamt es der "American Military International Insurance Association" zu leicht gemacht haben, auch dann noch, als der US-Staat Delaware dem amerikanischen Stammunternehmen die Lizenz auf Grund eigener Ermittlungen entzog. Eine gründliche Untersuchung erscheint deshalb

dringend erforderlich, weil das Verhältnis der Bundesbürger zu den Stationierungstreitkräften auf gar keinen Fall auch weiterhin dadurch belastet werden darf, daß es unseren Unternehmungen auf der Basis der Bestimmungen des Truppenvertrages ermöglicht wird, betrügerische Manipulationen zu betreiben.

Zunächst einmal muß aber die Bundesregierung, die in den verschiedenen Fragestunden des Bundestages stets nur ausweichende Antworten gegeben hat, sagen, welche Schritte unternommen worden sind und werden, um den geschädigten deutschen Bürgern ihre Rechte zu sichern. Notfalls sollte die Regierung - im Interesse der Bürger - finanzielle Vorleistungen in den Bereich der Möglichkeiten ziehen, um dann selbst mit der US-Regierung die endgültige Regulierung zu beraten.

+ +  
Schweres Erbe  
-----

sp - Die größte Demokratie der Welt hat in dem früheren Minister ohne Geschäftsbereich La Bahadar Shastri einen neuen Ministerpräsidenten. Außerhalb Indiens ist der Nachfolger des großen Nehru fast unbekannt. Er hat auch noch nie zum Unterschied vom Weltmann Nehru, seinen Fuß auf fremden Boden gesetzt. Shastri, unerfahren in der internationalen Politik, von seinen Landsleuten hoch geschätzt als fähiger Organisator und Verwaltungsfachmann, übernimmt ein schweres Erbe. Eine Riesenslast ruht auf den Schultern dieses fast Sechzigjährigen, Klein von Wuchs, persönlich vorzüglicher Bescheidenheit, wirkt in ihm jedoch ein zäher Wille, den der verstorbene Nehru geschickt für die Erneuerung der Kongresspartei einzusetzen wußte. Dachte er auch an ihn als den Mann, der sein, Nehrus Werk fortzusetzen hat? Shastri wurzelt ganz in der Welt der Hindus, von dort bezieht er seine geistigen Energien, insofern ist er mehr Inder als Nehru es war, dessen Weltbild auch von Impulsen westlichen Geistes geprägt wurde. Mag auch der Unterschied zwischen beiden Männern groß sein, die Aufgaben, vor denen Nehru stand, sind die gleichen, die nun seinen Nachfolger erwarten und die der Lösung harren.

Außenpolitisch wird Indien auch unter der neuen Führung an der traditionellen Neutralitätspolitik festhalten. Ein dringendes Problem bleibt weiterhin die ungelöste Kaschmir-Frage und die Regelung der Beziehungen zum kommunistischen China. Wird sich jetzt in der Zeit des Übergangs der chinesische Druck auf Indien verstärken? Die Bekämpfung grenzenloser Armut und der Arbeitslosigkeit bleibt weiterhin der erste Punkt auf der Tagesordnung der indischen Innenpolitik. Die eigenen Kräfte Indiens reichen dazu nicht aus, es bedarf der Entwicklungshilfe großen Umfangs. Das allein wird Shastri zwingen, den Prozeß der Industrialisierung zu beschleunigen. In den letzten Lebensmonaten Nehrus kam es zu schrecklichen Kämpfen zwischen Moslems und Hindus. Abzuwarten bleibt, ob es Shastri gelingt, die religiösen Gegensätze zu bändigen und in Kanäle zu leiten, die ein friedliches Zusammenleben zwischen den beiden Glaubensgemeinschaften gewährleisten.

Indiens Weg in die Zukunft ist von vielen Fragezeichen begleitet. Mit Shastri als Führer eines 480 Millionenvolkes betritt ein neuer Mann das politische Welttheater. Er zählt nun zu den großen Gestalten der Welt, die im Guten wie im Bösen deren Lauf bestimmen, gehört doch Indien zu den Schlüsseländern der Erde.

## Das algerisch-kabyllische Drama

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Wenige Wochen nach dem ersten FLN-Parteitag stehen die Truppen der ANP (Algerische Nationalarmee) im bewaffneten Kampf gegen die in der Kabylei versammelten Kräfte der algerischen Opposition. Der April-Kongreß 1964 war also, wie man leicht voraussehen konnte, nicht Schlußpunkt, sondern nur Markstein in der algerischen Krise. (Siehe SPD-Pressedienst vom 27.4. 1964) Er konnte die Probleme und Widersprüche nicht lösen, sondern nur verschärfen. Denn es gab im April in Algier auf dem jahrelang erwarteten FLN-Kongreß keine demokratische Diskussion der zahlreichen Tendenzen: die politische Opposition innerhalb der FLN, von Ferhat Abbas und Ben Khedda bis Mohammed Khidder und Boudiaf, war nicht zugelassen und wurde von vornherein zum Schweigen verurteilt oder in den Untergrund gezwungen.

Daß der latente Widerstand der FFS ("Front der Sozialistischen Kräfte") auf diese Weise neu angefacht wird, war vorauszusehen.

### Personen, Regionen oder politisch-soziale Gegensätze ?

Dem oberflächlichen Beobachter bietet sich zunächst das Bild einer persönlichen Auseinandersetzung zwischen dem Präsidenten Ben Bella und seinem Gegenspieler und früheren Kampfgefährten Ait Ahmed, bzw. einer Kraftprobe zwischen der algerischen Zentralregierung und dem jahrhundertalten kabyllischen Selbstbewußtsein. Je nach Einstellung oder Geschmack werden die einen oder anderen Momente hervorgehoben.

Gewiß stecken in dem neuen algerischen Bürgerkrieg auch regionale Differenzen und ein gutes Stück persönlicher "Abrechnung"; sie sind aber doch nur ein Teil des Dramas. Die eigentliche Ursache der lange herange-reiften bewaffneten Auseinandersetzung liegt in dem tiefen politischen und sozialen Unbehagen, in der Enttäuschung breiter Volksschichten über die fortdauernde soziale Not und die politische Unfreiheit.

Man darf nicht vergessen, daß der siebenjährige Algerienkrieg gerade aus diesen Zuständen geboren und genährt wurde: Massenelend und politische Unterdrückung. Wäre Frankreich imstande gewesen, diese beiden Probleme rechtzeitig zu lösen, hätte es wahrscheinlich überhaupt keinen Algerienkrieg gegeben. In der Vorstellung der meisten Algerier sollte der Freiheitskrieg nicht nur die nationale Unabhängigkeit, sondern selbstverständlich auch die politische und soziale Demokratie bringen. All das ist in den programmatischen Dokumenten der FLN von Anfang an festzustellen. Ben Bella hat diese Hoffnung zweifellos enttäuscht und die FFS hat sie wieder auf ihre Fahnen geschrieben. Hier liegen die Chancen der Opposition.

### Warum die Kabylei ?

Die FFS konzentriert ihren Widerstand auf das kabyllische Bergmassiv nicht aus ideologischen Gründen, sondern vor allem aus strategischen Erwägungen. Ihre politischen und sozialen Ziele sind gesamtalgerisch, sie steht voll und ganz auf dem Boden der algerischen Nation und Republik und betrachtet die kabyllische Festung nur als Ausgangspunkt für eine das ganze Land umfassende Bewegung. Allerdings bietet die Kabylei nicht nur den Schutz der Berge und militärstrategische Vorteile, sondern auch die Sympathie einer freiheitsliebenden Bevölkerung, die im algerischen Unabhängigkeitskrieg in der vordersten Linie stand.

Wenn das kabyllische Problem also auch nicht die eigentliche Ursache der gegenwärtigen Auseinandersetzungen ist, spielt es doch eine beträchtliche Rolle. Die Kabylern sind bekanntlich keine Araber und haben ihre eigene Berber-Sprache, ihre Sitten und Gebräuche. In der FLN standen sie an führender Stelle - so Krim Belkassen, Ait Ahmed usw. - in der Überzeugung, daß die Kabylei als gleichberechtigte Provinz in der algerischen Republik leben könne.

Die von Ben Bella forcierte "Arabisierung" ("Wir sind Araber, Araber, Araber") zerstörte diese Hoffnung. Im Gegensatz zu den Nachbarn Algeriens, den maghrebischen Bruderstaaten Tunesien und Marokko hat Ben Bella gemeinsam mit Oberst Boumediene die algerische Außenpolitik nach Kairo ausgerichtet und will sogar "Freiwillige" für einen Palästina-Krieg gegen Israel zur Verfügung stellen. Auf kultureller Ebene soll Algerien so stark und so rasch wie möglich "arabisiert" werden. Der Widerstand der Kabylern wurde auf diese Weise herausgefordert, umso mehr als das Elend gerade in dieser Provinz besonders groß ist und weder durch eine Agrarreform noch durch andere soziale Maßnahmen gelindert wurde.

#### "Küsserer Feind" als Blitzableiter

So konnte die FFS ohne große Mühe das Kabylervolk um sich scharen. Die "Doppelherrschaft", die Spaltung in zwei Staatsapparate dauert nun schon über ein Jahr. Der Bürgerkrieg zwischen den Regierungstruppen und den bewaffneten Partisanen in der Kabylei wurde im vorigen Jahr durch den algerisch-marokkanischen Grenzkonflikt vorübergehend gestoppt. Es gelang Ben Bella damals, den kabyllischen Oberst Mohand Ou El Hadj, den er vorher als "Verräter" diffamiert hatte, angesichts der küsserischen Kriegsgefahr für sich zu gewinnen. Der alte Partisanenführer blies die Revolte gegen Ben Bella ab und zog mit einer Schar Freiwilliger an die Westgrenze, um das bedrohte algerische Vaterland gegen eine marokkanische Invasion zu verteidigen. Algier und Rabat konnten sich bald darauf verständigen, die Truppen wurden aus den Grenzgebieten zurückgezogen. Mohand Ou El Hadj kehrte aber nicht mehr in die Kabylei zurück, sondern wurde Mitglied des Politbüros Ben Bellas. In dieser Funktion soll er jetzt seine Landsleute beschäftigen.

Nun ist der Aufstand in der Kabylei aber, wie wir sehen, weder eine regionale noch eine an Persönlichkeiten gebundene Angelegenheit. Nach dem "Unfall" des alten Partisanenoberst konnte Ait Ahmed - der weder Oberst noch Bauer ist, sondern eher ein Linkseintellektueller - die unzufriedenen Kabylern um sich sammeln und den Aufstand fortsetzen. Er und der junge Oberst Sadek gelten nun in algerischen Regierungskreisen als "Sündenböcke" und werden von Ben Bella zu vogelfreien "Vaterlandsverrätern" gestempelt. Offensichtlich sind diese beiden Rebellen ebensovienig wie vorher Oberst Mohand Ou El Hadj die Urheber des Aufstandes, sie werden vielmehr von einer Volksbewegung geschoben.

#### Das Dilemma der ANP

Ben Bella zögerte lange mit einem massiven Einsatz der ANP in den kabyllischen Bergen. Er kennt - besser als sein Verteidigungsminister Oberst Boumediene - die tödlichen Gefahren und die politischen Fallen dieses Partisanenkrieges. Die Kabylei ist eine Festung, an der schon andere Mächte gescheitert sind; zuletzt Frankreich mit seiner ganzen Armee.

Wenn der algerische Präsident sich nun doch auf eine bewaffnete Auseinandersetzung in den kabyllischen Bergen einläßt, so aus einer Reihe von innen- und aussenpolitischen Gründen. Die Hoffnung, der Partei-

3. Juni 1964

tag werde den politischen und bewaffneten Widerstand der Opposition brechen oder schwächen, hat sich nicht erfüllt. Im Gegenteil, die Partisanentätigkeit hat zugenommen. Die Taktik des Ignorierens und Totschweigens hat auch in Algerien Grenzen. Andererseits ist es kein Zufall, daß Ben Bella seine Offensive unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Moskau und Kairo startet. Man weiß, daß er sowohl von Kasser als auch von Chruschtschow Zusagen erhielt, deren Erfüllung an die Liquidierung des kabyllischen Unruheherdes gebunden ist. Es geht dabei um die Sicherung und die "Autorität" des ganzen Regimes. So entschloß sich Ben Bella zu einer Kraftprobe, deren Risiko er wahrscheinlich kennt, aber nicht mehr vermeiden kann.

### Perspektiven

Es ist eine tragische Ironie der Geschichte, daß die ANP, die den ganzen Befreiungskrieg hindurch außerhalb des Landes in den Militärslagern an der tunesischen und marokkanischen Grenze als herkömmliche Armee ausgerüstet und ausgebildet wurde, erst heute zu ihrem ersten massiven Einsatz kommt - allerdings nicht gegen die Kolonialmacht, sondern gegen das eigene Volk.

Wer Algerien und die Algerier kennt, weiß, daß von einer kurzfristigen Lösung keine Rede sein kann. Wie die Dinge sich auch in den nächsten Wochen und Monaten entwickeln mögen, die national unterdrückte und sozial benachteiligte Kabylei wird ein Herd der Unruhe und des Widerstandes bleiben. Die algerische Erfahrung lehrt, daß der Durst nach Freiheit und sozialer Gerechtigkeit nicht mit Repression zu löschen ist.

+ + +

Sogar in Japan ...

### Mikojans Schreckgespenst = "die Deutschen"

sp - Auch im fernen Ostasien muß die These von der angeblich revanchistischen und militaristischen Bundesrepublik erhalten, um die dortige Position der USA zu unterhöhlen. Dies hat sich wieder einmal bei dem Besuch des ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten der Sowjetunion, Mikojan, in Japan gezeigt, der behauptete, der Friede in der Welt könnte sehr schnell hergestellt werden, wenn die Amerikaner nicht so leichtfertig wären und die Westdeutschen unterstützen. Ob Mikojan dies erzählt hat, um die Japaner mit der Warnung vor den bösen Deutschen als Alliierte der Amerikaner in Schrecken zu versetzen, ist uns nicht bekannt. Tatsache ist jedoch, daß große japanische Zeitungen gerade diese Bemerkungen Mikojans, eigentlich zum ersten Mal seit vielen, vielen Jahren, ihren Lesern servierten. Aus diesem Grunde ist es besonders gut, daß sich der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ludwig Rosenbergs, der gerade aus Japan zurückgekehrt ist, für die Verstärkung der internationalen Beziehungen der freien Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu den japanischen Gewerkschaften eingesetzt hat. Es ist höchste Zeit, daß in Japan, einem mit der Bundesrepublik befreundeten Land, nicht nur die offizielle Diplomatie und die Wirtschaft, sondern auch die freie deutsche Gewerkschaftsbewegung das richtige Bild von Deutschland darstellt.

+ + +